



Brigitte Sauer im Gespräch mit dem Politikwissenschaftler

Peter Filzmaier

Auch in normalen Zeiten, aber ganz besonders in Zeiten der - coronabedingten - Regierungslastigkeit der Information sollten die christlichen Amtsträger in der Öffentlichkeit verstärkt zu Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders, der Toleranz, des Friedens und der Ethik Stellung beziehen. Die Kirche kann für viele ein Orientierungspunkt sein, gehören ihr doch nach wie vor deutlich mehr Menschen an als jeder Partei oder anderen Gruppierung. Auf der politischen Ebene ortet der Politologe im Zuge der bis jetzt erfolgreichen Bewältigung der Coronakrise eine nicht immer nachvollziehbare Entscheidungsfindung, stellenweise fehlende Datentransparenz und manchmal mangelnde Sensibilität bei der Wortwahl.



Peter Filzmaier

KI: Herr Filzmaier - auf Ihren Wunsch ohne Professor oder Doktor - Sie haben sich bereits Ende des Vorjabs in einem Artikel für mehr Engagement der Kirche in gesellschaftlichen Fragen ausgesprochen. Wie sieht es in Zeiten der Pandemie aus?

Filzmaier: In der aktuellen Situation ist die Kirche mehr denn je gefragt, denn wer, wenn nicht eine Religionsgemeinschaft, hat in Zeiten der - coronabedingten - Regierungslastigkeit der monothematischen Information eine Meinung zu all den tiefgreifenden Maßnahmen zu haben? Sie reichen vom Verhalten gegenüber älteren Menschen über Einschränkungen der persönlichen Freiheit auf verschiedensten Ebenen bis zu sozialen Folgen des wirtschaftlichen Lockdowns und Auswirkungen im sozialpsychologischen Bereich. Deshalb sollte sich die religiöse Wertegemeinschaft verstärkt für ein gesellschaftliches Miteinander, für Toleranz und Frieden sowie für die Wahrung ethischer Grundprinzipien einsetzen. Ich sage das als jemand, der zwar keiner Religionsgemeinschaft angehört, sich aber der Demokratie verpflichtet fühlt. Aussagen, wie die Kirche solle sich raushalten, sind undemokratisch und demokratiegefährlich.

KI: Äußert sich die Kirche derzeit nachdrücklich genug?

Filzmaier: Selbstverständlich gibt es einzelne Aussagen zu der aktuellen Problematik, sie wurden aber bisher in der Öffentlichkeit wenig wahrgenom-



„Coronabedingte Regierungslastigkeit der Information“ - Im Bild (v.l.n.r.)
Wirtschaftsministerin Schramböck, Vizekanzler Kogler und Finanzminister Blümel

men. Deshalb sollte sich die Kirche verstärkt zu Wort melden, zumal wir erst am Anfang einer gesellschaftlichen Krisensituation stehen. Täte sie das nicht, dann würden vermehrt Aussagen von Randgruppen - auch in der katholischen Kirche - Gehör finden.

KI: *In welcher Form soll die Kirche zu Fehlentwicklungen Stellung beziehen?*

Filzmaier: Die Form des Widerstands der Kirche ist der Widerspruch. Es ist nicht Aufgabe der Kirche, sich in die Reihe der Möchtegern-Virologen zu stellen, und es ist auch nicht ihre Aufgabe, parteipolitisch zu agieren oder Wahlempfehlungen abzugeben. Aber die Kirche soll sich äußern. Die dunklen Seiten der Kirche haben sich meistens dann gezeigt, wenn sie sich mit den Mächtigen arrangierte. Das Verhalten der Amtskirche gegenüber dem Nationalsozialismus belegt, dass auch Schweigen eine Form des Arrangierens sein kann.

In der aktuellen Situation sollte die Kirche als religiöse Wertegemeinschaft ihre Position zu grundsätzlichen Fragen - z. B. wie weit kann, darf oder soll die individuelle Freiheit eingeschränkt werden - in den öffentlichen Diskurs einbringen. Schließlich gehören der

katholischen Kirche auch nach den zahlreichen Kirchenaustritten der letzten Jahrzehnte noch immer deutlich mehr Menschen an als jeder Partei oder sonstigen Gruppierung. Daher kann die Kirche auch für viele ein Orientierungspunkt sein.

KI: *Wie sieht es mit anderen Religionsgemeinschaften aus?*

Filzmaier: Alles, was ich gesagt habe, gilt für alle in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften. Sie sollten in einem öffentlich geführten Dialog einen gemeinsamen Nenner finden.

KI: *Sind aus Ihrer Sicht als Wissenschaftler die diversen von der Regierung gesetzten Schritte zur Bekämpfung der Coronakrise ausreichend transparent?*

Filzmaier: Die Regierung musste in Reaktion auf eine völlig neue Herausforderung eine Fülle schwieriger Entscheidungen treffen, für die es keine perfekten Lösungen gab und gibt. Die Basis, auf Grund derer die jeweiligen Maßnahmen gesetzt wurden, war aber nicht immer nachvollziehbar. Manchmal hat sich die Regierung auf den von ihr eingesetzten Expertenrat berufen, dann wieder auf Aussagen von Virolo-

gen ohne Namensnennung. Es kam aber auch da oder dort zu Expertenbashing, d.h., deren Aussagen wurden öffentlich in Frage gestellt.

KI: *Wie sieht es mit der Datentransparenz aus?*

Filzmaier: International ist die Datenlage wegen der in den jeweiligen Ländern unterschiedlichen Art der Datenerhebung problematisch. Auch in Österreich ist die Datenlage nicht zufriedenstellend. Ein anschauliches Beispiel sind die Testzahlen. Wir werden täglich darüber informiert, wie viele Tests bisher durchgeführt wurden. Diese Gesamtzahl sagt aber nichts darüber aus, wie viele Personen bisher getestet wurden, weil die Mehrfachtests, u. a. für die Feststellung der Genesung von Covid-19-Patienten nicht gesondert ausgewiesen werden. Italien und Belgien haben dieses Problem innerhalb von drei Wochen in den Griff bekommen. Gesundheitsminister Rudolf Anschober hat zugesagt, sich um die Umsetzung dieser Differenzierung zu bemühen.

KI: *Sehen Sie aufgrund der massiven Einschränkungen der Freiheitsrechte die Demokratie gefährdet?*

Filzmaier: Ich unterstelle niemandem, dass er für die Abschaffung der Demokratie ist, und ich gehe davon aus, dass alle Politiker nicht absichtlich böswillig sind. Ich bin auch überzeugt, dass die Demokratie die aufgrund der Pandemie getroffenen Maßnahmen aushält. Es besteht aber die Gefahr, dass die Demokratiequalität mittel- und langfristig Schaden nimmt.

KI: Was meinen Sie damit konkret?

Filzmaier: Im Interesse der Demokratiequalität dürfte es nicht sein, dass sich das im Zusammenhang mit den Ausgangsbeschränkungen von der Regierung gesprochene Wort so stark vom Verordnungstext unterscheidet. Auch in Zeiten, die schwerwiegende demokratische Eingriffe notwendig machen, darf man nicht einfach verfassungswidrig agieren. Es müssten die Spielregeln des demokratischen Prinzips eingehalten und die schnelle und zeitnahe Überprüfung durch die dafür vorgesehenen Institutionen sichergestellt werden. Da ist mehr demokratische Sensibilität gefragt.

Eine Vorgangsweise voller Widersprüche wie bei den Ausgangsbeschränkungen untergräbt das Vertrauen der Menschen in die Politik. Sollte eine zweite Pandemie-Welle kommen, könnte die Bevölkerung aufgrund dieser Erfahrung der Politik misstrauen.

KI: Gebört auch die Meinungsfreiheit zur Demokratiequalität?

Filzmaier: Durchaus. Eine formale Abschaffung der Pressefreiheit sehe ich nicht, graduelle Abschwächungen sind aber durchaus denkbar. So könnte die Selbstverständlichkeit des kritischen Widerspruchs abnehmen. Auch könnte die Anerkennung des Dialogs langfristig zurückgehen.

KI: Auf welchen Beobachtungen basiert diese Einschätzung?

Filzmaier: Als Politologe registriere ich, dass kritische Stimmen oft zu leichtfertig abgetan werden, weil man sich nicht mit ihnen auseinandersetzen will. In Tirol, wo man jetzt doch einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat, ist es nach wie vor Mehrheitsmeinung, dass alle Kritiker der

Vorgänge in Ischgl Nestbeschmutzer sind.

Wir erleben in dieser Zeit auch eine Stärkung des nationalen Gedankens bei gleichzeitiger Schwächung des internationalen Zusammenhalts. Hand in Hand damit nehmen die Versuche zu, einzelnen Gruppen die Schuld an der Verbreitung des Virus zu geben oder andere Gruppen ausgrenzen zu wollen.

KI: Ist das Verbreiten von Angst ein geeignetes Mittel zur Pandemiebekämpfung?

Filzmaier: Ich sehe das AngstszENARIO differenziert, denn Angst ist per se nicht negativ. Sie führt zu mehr Vorsicht und Achtsamkeit, und das sind wichtige Faktoren für die Eindämmung einer Pandemie. Man muss allerdings aufpassen, dass Angst nicht in Panik umschlägt. Denn dann verweigern sich die Menschen und hören nicht mehr zu. Außerdem werden sie anfälliger für Verschwörungstheorien.

KI: Hat auch die Wortwahl Einfluss auf den Umgang der Menschen mit der Krise?

Filzmaier: Ja, weshalb ich mir manchmal eine sachlich differenzierte Wortwahl und mehr Sensibilität wünschen würde. Dabei geht es nicht um eine einmalig missglückte Formulierung, denn das kann jedem passieren. Der Maßstab für eine kritische Analyse ist die regelmäßige Verwendung bestimmter Worte. Da wird z.B. behauptet, dass die gesundheitspolitisch gut begründeten Maßnahmen eine "neue Normalität" ermöglichen, was nicht stimmt, weil unsere Situation der Einschränkungen für eine Demokratie nicht normal ist. Ich spreche mich auch klar gegen jede Form von Kriegsrhetorik aus. Der oft geforderte "nationale Schulterschluss" ist ein militärischer Begriff und bedeutet, dass sich Soldaten Schulter an Schulter aufstellen und in dieser Position auf den ihnen gegenüberstehenden Feind schießen. Eine Pandemie ist aber kein Krieg, es gibt auch keine Sieger und Verlierer. Entweder verlieren wir alle oder wir gewinnen gemeinsam.

Die regelmäßigen Vergleiche der weltweiten Totenstatistiken mögen internationale Schlussfolgerungen zulassen. Die Zahl der Toten als Erfolgsmesser für die Pandemiebekämpfung heran-

zuziehen, halte ich aber für sehr problematisch, weil es überall viel zu viele Verstorbene sind.

KI: Sollte das Regierungsprogramm angesichts der zu erwartenden Rezession bei gleichzeitigem Rückgang der Staatseinnahmen neu verhandelt werden?

Filzmaier: Das halte ich nicht für notwendig. Es muss aber auf Basis der geänderten Rahmenbedingungen eine neue Gewichtung der Machbarkeit und der Prioritäten erfolgen. Die daraus resultierenden Konfliktpunkte für die Regierung reichen von der Umwelt bis zu den Steuern.

KI: Werden dabei die Klimaschutzmaßnahmen auf der Strecke bleiben?

Filzmaier: Die Probleme in den Bereichen Umwelt und Klimaschutz sind zwar lebensbedrohend, sie lassen sich aber leichter verdrängen als das Virus. Und obwohl vor der Nationalratswahl alle Parteien mehr Klimaschutz gefordert haben, bin ich skeptisch, dass die hohe Bereitschaft der Menschen, sich in der Pandemie einzuschränken, zugunsten des Klimaschutzes anhält - auch wenn ich es hoffe.

KI: Aufgrund der Coronakrise wurden in der Steiermark und in Vorarlberg die Gemeinderatswahlen verschoben. Wie sieht es für die Wien-Wahl am 11. Oktober aus, falls eine zweite Pandemiewelle käme?

Filzmaier: Nach der heutigen Rechtslage ist eine Verschiebung der Wien-Wahl nicht möglich. Dazu müssten erst die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, und da gibt es zwei mögliche Varianten. Man könnte mit Zwei-Drittel-Mehrheit eine Stadtverfassungsänderung beschließen oder ein Coronawahlgesetz mit einfacher Mehrheit. Darüber hinaus gäbe es dann noch die Überlegung, die Wahl ohne Verschiebung des Termins ausschließlich als Briefwahl durchzuführen. In diesem Fall wäre allerdings eine Änderung der Bundesverfassung erforderlich.

KI: Herr Filzmaier, ich danke für das Gespräch. □